Die Firma Freiheit

In Amerika sitzt die Stiftung Freedom House, die Demokratie in aller Welt verbreiten soll. Ihr größtes Problem: Amerika

Es ist eine dieser großen amerikanischen Ideen, und sie hat Zauber, weil am Ende die gute Welt steht. Eine Welt freier Bürger wird es sein, eine Welt, in der Menschenrechte etwas zählen, weil frei gewählte Regierungen darauf achten, dass alle frei sind: Zeitungen und Minderheiten, Parteien, sogar gegnerische.

Es ist die Idee, an die Christopher Walker, Robert Herman und Paula Schriefer glauben. Sie müssen daran glauben, denn ohne diesen Glauben könnten sie Freedom House dichtmachen.

Die Idee also: Da sich die Demokratie als das beste politische System erwiesen hat und zudem als attraktiv, tragen demokratische Staaten ihr System hinaus in den diktatorischen Rest der Welt; der Rest wird infiziert; die Erde wird frei.

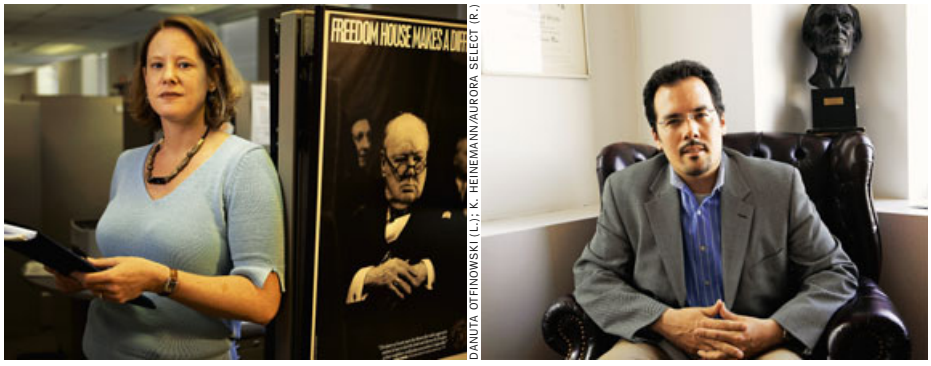
Das ist der Zauber, das ist das Ziel. Und das Problem? Das Problem ist Amerika.

Präsident George W. Bush glaubte an Demokratisierung als politisches Mittel und griff den Irak an, um ihn zu befreien. Seitdem glauben wachsende Mehrheiten in den Vereinigten Staaten, dass das nicht geht, dass Amerika die Welt nicht retten kann, dass es sowieso erst einmal sich selbst retten sollte.

Denn was ist ein Missionar wert, der sich nicht an die Zehn Gebote hält? Einige Gebote wären in diesem Fall: Du sollst keinen Angriffskrieg führen. Du sollst nicht foltern. Du sollst nicht Menschen in einer rechtsfreien Zone wie Guantanamo halten. All das klebt jetzt am Namen Amerikas und macht Walker, Herman und Schriefer das Leben schwer.

Freedom House ist eine Stiftung, ein Think-Tank, der sich zu 80 Prozent aus Geldern der amerikanischen Regierung finanziert, der Rest kommt aus England, den Niederlanden, Norwegen und von Spendern wie dem Milliardär George Soros. Sie wurde 1941 von Eleanor Roosevelt und dem Republikaner Wendell Willkie erfunden, unterstützte zunächst den Marshall-Plan und später die Gründung der Nato; Freedom House sei ein „Katalysator“ für demokratische Rechte, der durch „Analyse, Argumentation und Aktion“ wirke, so beschreibt der Laden sich selbst.

In den Fünfzigern und den Sechzigern war die Firma vor allem im eigenen Land beschäftigt: an der Seite der Bürgerrechtler. In den Achtzigern half Freedom House der polnischen Solidarność und der philippinischen Opposition. In den vergangenen Jahren ging es dann um Serbien und die Ukraine, es geht immer um die wackligen Staaten, die Schwererziehbaren der Weltgemeinschaft.



DANUTA OTFINOWSKI (L.); K. HEINEMANN/AURORA SELECT (R.)

Demokratiewächter Schriefer, Walker: *Du sollst keinen Angriffskrieg führen*

Der „Zweite Weg“, so nennen sie den Versuch, Staaten nicht anzugreifen oder durch Sanktionen zu lenken, sondern lieber Regimewechsel von innen zu bewirken; durch Ausbildung junger Intellektueller, durch Infrastruktur, Kontakte, Geld.

Paula Schriefer, fröhliche Frau mit blauen Augen, sitzt im 6. Stock eines Rotklinkerbaus an der Connecticut Avenue in Washington; sie ist Director of Advocacy, in diesen Büros werden die Strategien der Stiftung entworfen. Vieles ist immer gleich: „Du gehst in das Land und sprichst mit Botschaftern, Journalisten, mit allen, die die Dinge beurteilen können, du versuchst, die Lage einschätzen zu können. Dann versuchst du Geld zu besorgen, gute Mitarbeiter zu finden, Vertrauen zu erzeugen, du stärkst die meist zarten Freiheitsbewegungen. Wir beginnen immer in den

Inhaftierte Taliban in einer US-Maschine nach

großen Städten und bewegen uns dann nach draußen.“

Und vieles ist abhängig vom Land, um das es gerade geht. Falls Reisen gestattet sind, lädt Freedom House junge Anwälte, Reporter, Blogger, Politiker nach Washington, vermittelt einen Termin bei Condoleezza Rice, erklärt die Demokratie.

Das Ziel ist immer auch, Politik durchsichtig zu machen. Der Kollege Robert Herman, Programmdirektor, sitzt ein paar Zimmer weiter und sagt: „Da draußen sind eine Menge Staaten, in denen zwar irgendwie ein Parlament gewählt wird, aber wie dieses Parlament dann arbeitet, wie der Haushalt entsteht, das erfährt wieder kein Mensch.“ Also versuchen die Leute von Freedom House in ferne Bürokratien einzudringen und Daten und Ergebnisse und Etats ins Internet zu hieven.

Neben den Strategen gibt es noch die Diagnostiker von Freedom House. Sie arbeiten in New York, im Südosten Manhattans, 120 Wall Street, kurz vorm East River. Hier, in der 26. Etage, arbeitet ein Dutzend dieser immer etwas wirbeligen, natürlich sehr weltgewandten Menschen, die beruflich die Welt verbessern wollen und dabei auf die Brooklyn Bridge blicken.

Hier in New York entstehen die Berichte, die Tabellen, denen Freedom House seinen Ruhm verdankt. Sie haben hier Indikatoren: Gewaltenteilung, Gesetzgebung und Unabhängigkeit der Gerichte, freie Meinungsäußerung, Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit, die Möglichkeit, mehrere und freie Parteien zu gründen, freie Wahlen. Sie schicken dann ihre Recher-

IMAGES SANS FRONTIÈRES (L.); DIMA KOROTAYEV / GETTY IMAGES (R.)

Guantanamo, russischer Demonstrant (in Moskau): *Alle nennen sich gern demokratisch*

cheure in die Länder, um die es geht, sie holen sich die Berichte unabhängiger Einheimischer dazu.

„Freedom in the World“ heißt der Bericht, den Freedom House jedes Jahr herausgibt; die Welt wird unterteilt in drei Kategorien: „unfrei“, „teilweise frei“ und „frei“. Es entsteht eine neue, die politische Weltkarte: grün die Guten, violett die Bösen. Keine Frage, dass einige Regierungen das Urteil aus Washington fürchten und die Bloßstellung; in diesem Bericht liegt die Macht von Freedom House.

Chris Walker, aufgewachsen in der Lower Eastside, ist seit fünf Jahren dabei, ein vergnügter Schnellredner mit Kinnbart und randloser Brille, der sagt, er liebe das hier, und er meine genau das: Liebe. „Ich glaube daran, dass es eine wunderbare Arbeit ist, die Idee zu transportieren, dass Systeme fairer und freier werden sollen statt unfair und unfrei.“ Im Gang stapeln sich Prospekte und Bücher mit all den Tabellen und Zeugnissen, bereit für den Versand; Walker sitzt im Konferenzraum, er leitet die Forschungsabteilung.

Chris Walker kann erklären, warum die Welt auf der Weltkarte von Freedom House nicht mehr so frei ist wie vor fünf Jahren. Er sagt, dass Terror und die Sorge um Energiesicherheit jene demokratischen Länder verwirrt hätten, die Anfang der Neunziger noch eifrig versucht haben, ihre Lehre in die Welt zu bringen. Er sagt auch, dass Demokratie anders als in früheren Jahrhunderten zwar als Norm anerkannt, der Begriff aber trotzdem beschädigt sei. „Alle nennen sich gern demokratisch, Russland etwa oder China, weil sie das Etikett wollen. Nicht alle Bürger der Welt können aber zwischen der Idee Demokratie und dem realen System, das sie in ihrer Heimat erleben, unterscheiden. Wenn dann Kriege ausbrechen, wenn Staaten kollabieren, dann heißt es jedes Mal, die Demokratie sei gescheitert. Das schadet der Idee sehr.“

Am Ende sagt Walker noch, dass es beides brauche: diese ganze so verdammt zähe Arbeit in Ländern, die diese Arbeit natürlich verhindern wollen, und zugleich eine neue Strategie des Westens. „In den vergangenen Jahren ist alles auseinandergebrochen. Es gibt keine gemeinsame Haltung der Europäer darüber, ob sie sich in anderen Ländern engagieren wollen. Und falls ja, wie. Es gibt auch kein besonderes Interesse der Bürger mehr, denn die Bürger werden mit Informationen zu anderen Themen überrollt. Und es gibt schon gar keine gemeinsame Haltung im transatlantischen Bündnis.“

Was also ist möglich? Und wo? Freedom House blickt in diesen Jahren vor allem nach Zentralasien und in den Nahen Osten. Die Freiheitsfirma eröffnet immer wieder neue Büros, zuletzt in Polen, Ungarn, Bosnien, Mexiko und Jordanien, sie expandiert antizyklisch. Sie schreibt nun auch Nebenberichte, „Freedom of the Press“, „Nations in Transit“, „Countries at the Crossroads“, und zuletzt hat sie einen Bericht über den Zustand der Demokratie in Amerika verfasst, schon aus Selbstschutz.

„Natürlich werden wir als Spieler aus Washington gesehen, als Arm der Regierung“, sagt Paula Schriefer, „denn dass es in einer Demokratie möglich ist, dass man mit Regierungsgeldern und Spenden arbeitet und trotzdem unabhängig von Regierung und Spendern bleibt, genau das verstehen die Menschen in nichtdemokratischen Staaten ja nicht.“ Es hilft draußen in der Welt vermutlich nicht, dass James Woolsey erst CIA-Direktor, dann Chairman bei Freedom House war. Wer die Stiftung heute fair bewerten will, kann trotzdem nur wahrnehmen, dass sie die USA nicht sanfter bewertet als andere.

Wenn man sich in diesen Gängen hier eine Weile aufhält, wird recht klar: Die Leute von Freedom House machen einstweilen weiter, immer weiter im Glauben an die Kraft der Idee, auch wenn es überall schwieriger geworden ist. Sie sind Diplomaten, vorsichtig, aber in längeren Gesprächen schwindet die Vorsicht irgendwann, und dann sagen sie, dass sie in Wahrheit auf den 20. Januar 2009 warten – dann soll es wieder losgehen, dann können wieder Konferenzen vorbereitet werden, dann soll die Idee der Demokratiesierung von einer Welle getragen werden wie damals, 1989.

1989 fiel die Mauer, am 20. Januar wird der neue amerikanische Präsident vereidigt.

„Die Erosion der Bürgerrechte in den USA hat ja zu einem Verfall der moralischen Autorität geführt“, sagt Robert Herman, „so klein war die Autorität noch nie. Wir haben so viele Freunde befremdet. Man darf nicht den Gospel der Demokratie singen und gleichzeitig Allianzen mit Diktaturen schmieden.“ KLAUS BRINKBÄUMER

ENDE